

INI-1

Titel Nun ist es kalt, trotz alledem, trotz SPD und alledem!

Antragsteller*innen

Adressat*innen

Nun ist es kalt, trotz alledem, trotz SPD und alledem!

1 Am 4. September hat die Bundesregierung das 3. Entlastungspaket präsentiert. Wir wollen einerseits die darin
2 enthaltenen Punkte kritisch einordnen und andererseits beschreiben, wieso Maßnahmen, die nicht zur Ver-
3 besserung der Lebensrealitäten der arbeitenden Menschen führen, sondern lediglich die schlimmsten Ver-
4 werfungen abzuwenden versuchen, niemals unseren Ansprüchen genügen können.

5

6 Wenn es um die Verbesserung der Lebensrealitäten, gerade der arbeitenden und sich in prekären Situatio-
7 nen befindlichen Menschen geht, war das 9-Euro-Ticket ein fundamentaler Paradigmenwechsel. Hier ist die
8 vorgeschlagene Anschlusslösung für knapp 1,5 Mrd. Euro nicht ausreichend, um Menschen aktiv zu entlasten
9 und Mobilität bei steigenden Preisen dauerhaft zu gewährleisten. Egal ob 49 oder 69 Euro, die meisten So-
10 zialtickets der Kommunen sind bereits heute billiger. Es ist richtig, das sich die Menschen an einen höheren
11 Mobilitätsstandard durch das 9-Euro-Ticket gewöhnt haben. Diesen Umstand wollen wir gar nicht kritisieren,
12 denn er stellt einen bedeutenden Schritt hin zu garantierter Mobilität als Grundrecht dar. Er kämpfte Erfolge,
13 Ziele, welche den Menschen schon einmal als erreichbar vergegenwärtigt wurden, geben wir nicht so einfach
14 auf. Wir wollen nicht nur die Fortführung des 9-Euro-Tickets, sondern den ÖPNV kostenlos gestalten.

15

16 Mit dem 9- Euro-Ticket ist auch der Tankrabatt ausgelaufen. Dieser stand viel in der Kritik. Von ihm findet
17 sich auch keine Spur mehr im neuen Entlastungspaket der Bundesregierung. Der Tankrabatt konnte nur be-
18 schränkt Wirkung entfalten und vor allem auch diejenigen überproportional entlasten, die mehr als nur ein
19 Auto besitzen und außerdem dabei noch möglichst viel Kraftstoff verbrauchen. Jedoch ist spätestens seit dem
20 Auslaufen am 1. September klar, er hat die Pendler:innen speziell in schlecht angebotenen Regionen den-
21 noch um gut 20 Cent pro Liter entlastet. Wir wollen hier eine zielgerichtete Maßnahme, die speziell die Men-
22 schen entlastet, die auf ihr Auto angewiesen sind, sei es aufgrund fehlender ÖPNV-Strukturen oder aufgrund
23 von Arbeitszeiten außerhalb der normalen Fahrpläne. Hier fordern wir speziell einen Spritpreisdeckel wie
24 wir ihn auf unserer Frühjahrsländeskongress 2022 mit dem Antrag "Deckel Drauf!" beschlossen haben. "Hier
25 schlagen wir vor, den generellen deutschen Handelspreis zu regulieren, analog auch wieder, bis Preisschocks
26 aufgrund der Ressourcenabhängigkeit von Russland als gelöst betrachtet werden können." Flankiert werden
27 soll diese Maßnahme dadurch, dass die Übergewinnsteuer speziell auch für Mineralölkonzerne greift und har-
28 tes kartellrechtliches Durchgreifen. Um den Energieverbrauch im Autoverkehr signifikant zu senken, fordern
29 wir ein Tempolimit auf den Autobahnen, sowie zumindest Sonntagsfahrverbote in Betracht zu ziehen, spätes-
30 tens wenn zwischen Energienutzern priorisiert werden muss.

31

32 Ein großer Fehler ist der Regierung jedoch beim Eingriff in den Energiemarkt unterlaufen. So soll ein Strom-
33 preisdeckel zwar den Anstieg des Strompreises zügeln, die Hauptbelastung für viele Haushalte durch die teil-
34 weise um mehr als das Sechsfache gestiegenen Gaspreise bleiben aber und drohen sich noch weiter zu stei-
35 gern. Es reicht anscheinend nicht aus, dass 40% der Bevölkerung unlängst angegeben haben, sich an Energie-
36 demonstrationen beteiligen zu wollen oder dass 60% der Bevölkerung Ersparnisse dafür aufwenden müssen,
37 um ihre Energiekosten zu decken. Für uns ist klar: Wir tragen unseren Protest gegen die unzureichende Absi-
38 cherung der Bevölkerung durch die Bundesregierung auf die Straße! Wir beteiligen uns am Aufbau eines linken

39 Protestes gegen lauwarne Maßnahmen, die allein auf die Lebensrealität von Mittel- und Oberschicht ausge-
40 legt ist. Wir stellen uns damit frühzeitig gegen eine Vereinnahmung dieser Krise von Rechtsradikalen, Neonazis
41 und Verschwörungsideolog*innen und kämpfen für eine Bewegung, die im Geiste von Solidarität, Demokra-
42 tie und der Forderung nach dem guten Leben für alle protestiert! Wir wollen daher einen Gaspreisdeckel, so
43 wie ihn die Ökonom:innen Sebastian Dullien und Isabell Weber schon Anfang des Jahres vorgeschlagen haben
44 und wir als Jusos Bayern auch auf unserer Frühjahrsländeskongress 2022 beschlossen haben. Dieses Modell
45 besagt den Grundbedarf pro Haushalt auf maximal 7,5 ct pro kWh Verbraucherbreis zu deckeln. Der gedeckelte
46 Grundbedarf soll sich nach dem erhobenen durchschnittlichem Verbrauch in den letzten Jahren richten und
47 die Anzahl der Personen pro Haushalt berücksichtigen.

48

49 Wir begrüßen zwar, dass nach einiger unnötig verstrichener Zeit nun endlich auch Rentner:innen und Stu-
50 dierende mittels Direktzahlungen entlastet werden sollen, es stellt sich allerdings für uns die Frage, warum
51 Studierende und Azubis nur mit 200€ entlastet werden. Uns sind zumindest bislang keine studentischen Ener-
52 gieverträge bekannt, die um 100€ günstiger wären als die der restlichen Bevölkerung. Junge Menschen werden
53 damit abermals überfordert und Familien überproportional zur Kasse gebeten. Wir fordern: Das Bafög muss
54 unverzüglich für alle geöffnet und zu einem elternunabhängigen Vollzuschuss umgewandelt werden. Zudem
55 muss es um mindestens 200€ erhöht werden, fast die Hälfte davon dient allein dem Inflationsausgleich. Auch
56 muss die Mindestvergütung für Auszubildende endlich auf den dann um 200€ erhöhten Bafög-Höchstsatz auf
57 1.134€ angepasst werden! Die Mindestlohnausnahmen für junge Menschen sind zudem abzuschaffen. Die
58 Energiepreispauschalen müssen für alle ohne Ausnahme 300€ betragen.

59

60 Wir kommen auch nicht umhin, über die Lohnentwicklung zu sprechen. Die Reallöhne stagnieren in den meis-
61 ten deutschen Beschäftigungsfeldern seit den 90ern. Dies trägt zum Teil dazu bei, dass gerade viele berufstätige
62 Menschen ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr begleichen können. Die steuerfreie Einmalzahlung von
63 bis zu 3000€ ist nett gemeint, läuft aber Gefahr, die Tabellenerhöhungen in anstehenden Tarifrunden mas-
64 siv zu torpedieren. Hier kann es kaum eine kurzfristige Lösung geben. Daher geht es vor allem darum, jetzt
65 schnell Schritte einzuleiten, um Gewerkschaften die Organisation zu erleichtern und die Durchsetzung von
66 Tarifverträgen zu stärken.

67

68 Eine reale und dauerhafte Lohnerhöhung hilft Menschen nicht nur, ihre unmittelbaren Rechnungen zu be-
69 gleichen, sondern bietet auch die Möglichkeit, die Lebensbedingungen der vielen arbeitenden Menschen dau-
70 erhaft zu verbessern. Das Gleiche gilt aber nicht nur für die arbeitende Bevölkerung. Auch Menschen in der
71 Grundsicherung brauchen dringend eine deutliche Erhöhung der Regelsätze. Die von der Ampel vorgeschla-
72 gene Erhöhung auf 500€ ist nicht ausreichend, um Menschen eine armutsfeste Grundsicherung zu bieten.
73 Regelsätze müssen steigen, und zwar in einem Maß, dass die gestiegenen Preise für Alltagsprodukte, Lebens-
74 mittel und Mobilität abbildet. Wir wollen hier eine sofortige Erhöhung um 250 Euro.

75

76 Gerade bei Heizkosten stehen Empfänger:innen der Grundsicherung vor einer nicht zu überwindenden Hür-
77 de. Wird beispielsweise mit Gas geheizt und auch das Warmwasser über die Zentralheizung erhitzt, so sind
78 die Kosten dafür komplett aus dem Regelsatz zu decken. Wir wollen daher Heiz- und Energiekosten jeglicher
79 Art als Teil der Kosten der Unterkunft anerkennen, damit diese außerhalb des Regelsatzes übernommen wer-
80 den.

81

82 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, zum Zweck der Entlastung die Gasumlage nicht zu erheben und
83 stattdessen eine dauerhafte Lösung für die Energieversorgung im Land anzustreben, anstatt das nächste
84 Strohfeuer zu entzünden. Unlängst ist die Bundesregierung sowieso schon bei Uniper mit einer Minderheits-
85 beteiligung eingestiegen. Dieses Unternehmen wird für die Gasversorgung in Deutschland als Too-big-to-fail
86 angesehen und weil wir alle nicht erleben wollen, was bei einem schlagartigen Versagen der deutschen Ener-
87 gieversorgung so los wäre, glauben wir das auch. Allerdings ist für uns klar, die einzige dauerhafte Lösung für
88 Uniper oder Gazprom Germania und im Allgemeinen systemrelevante Energiekonzerne ist die Verstaatlichung.

89 Vom Prinzip her ist die Gasumlage falsch, weil sie Konzerngewinne auf Kosten der Verbraucher staatlich durch-
90 setzt, genauso falsch ist es aber auch, dass ein wichtiger Teil unserer Infrastruktur von der Liquidität einiger
91 weniger Konzerne abhängt.

92

93 Im Entlastungspaket ist davon die Rede, dass eine Übergewinnsteuer zunächst im europäischen Rahmen ge-
94 prüft und notfalls national durchgesetzt werden soll. Diese zögerliche Haltung ist nicht nachvollziehbar, insbe-
95 sondere da viele europäische Länder eine solche Steuer bereits eingeführt haben oder auf den Weg gebracht
96 haben. Laut der Rosa-Luxemburg-Stiftung stehen bis zu 100 Mrd. Euro an Übergewinnen in Deutschland be-
97 reit zur Abschöpfung. Diese wollen wir nach dem griechischen Modell mit 90% besteuern. Das würde knapp
98 vier Jahre 9-Euro-Ticket in Deutschland subventionieren.

99

100 Der Mietmarkt stellt ohnehin seit Jahren eine reale Bedrohung in der Lebensrealität vieler Menschen dar. Be-
101 sonders mit gestiegenen Nebenkosten befinden sich viele und gerade die 58% der Deutschen, welche zur
102 Miete wohnen, in der Falle. Deshalb fordern wir einen Mietenstopp, ein Kündigungsmoratorium und eine Aus-
103 setzung der Indexklausel bei Mietverträgen.

104

105 Ein Bestandteil des Entlastungspaketes ist außerdem die Reform des Wohngeldes als Wohngeld Plus, dass
106 ab 1.1.2023 gilt. Es soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente beinhalten und rund 2 Millionen anspruch-
107 berechtigte Menschen entlasten.. Zum Kreise dieser Anspruchsberechtigten gehören Rentner:innen, Familien
108 und Geringverdiener:innen. Das Wohngeld Plus ist zunächst als wichtiges Instrument zu bewerten, das tatsäch-
109 lich gezielt ärmeren Menschen nützt. Bei genauerer Betrachtung offenbart es allerdings zwei große Probleme:
110 Erstens gibt es in diesem Land zwei Millionen Menschen, die trotz Arbeit und Rente auf diese Leistungen an-
111 gewiesen sind. Wir kommen zu dem Schluss, dass der Kampf um eine armutsfeste Rente und eine erneute
112 Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 15€ genauso notwendig sind wie der Kampf gegen steigende
113 Mietpreise. Das zweite Problem ist, dass Menschen die Leistung aktiv beim Wohngeldamt beantragen müssen
114 und somit erneut zu Bittsteller:innen gemacht werden. Es ist Zeit für die vollständige Digitalisierung des Sozial-
115 staates und der Verwaltung, sodass das Wohngeld automatisch an diejenigen, die berechtigt sind, überwiesen
116 wird. Wir wollen nicht nur die Auswirkungen der steigenden Energie- und Wohnkosten bekämpfen, sondern
117 deren Auslöser.

118

119 Die EU hat bereits die Möglichkeit geschaffen, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auszusetzen. Wir
120 fordern die Regierungskoalition angesichts der gestiegenen Lebensmittelpreise dazu auf, dies auch umzuset-
121 zen. Generell sollte

122 darauf hingewirkt werden, dass die Mehrwertsteuer als solche verschwindet. Es ist eine Steuer, welche är-
123 märe Haushalte überproportional belastet und gerade in volatilen Zeiten eine unnötige zusätzliche Belastung
124 darstellt. Wir Jungsozialist:innen sind grundsätzlich der Meinung, dass eine Steuerung des Konsums über Preis-
125 anreize der falsche Weg ist, weil es kein sozialer Weg sein kann.

126

127 Es geht um mehr als Kurvenkosmetik und Konsumanreize, die Gefahr der Armut ist für viele Deutsche diesen
128 Herbst näher gerückt. Armut wirkt weder motivierend noch mobilisierend, wie wir in Deutschland spätestens
129 seit den Hartz-Gesetzen wissen. Es ist eine elementare Aufgabe der Sozialdemokratie, die Lage der Menschen
130 zu verbessern und ihnen vor Augen zu führen, dass politische Aktion und staatliches Handeln ihr individuelles
131 Schicksal stärker denn je beeinflussen und verbessern können. Es geht nämlich auch darum, die Menschen
132 für Veränderungen zu mobilisieren. Das gelingt zehnmal leichter, wenn die Menschen der festen Überzeugung
133 sind, dass staatliche Akteur:innen Verantwortung haben und handeln können und ihr Schicksal nicht irgendwo
134 auf dem freien Markt entschieden wird. Genug ist Genug, wir wollen mehr als Feuerlöscher sein, denn es gibt
135 für uns eine Welt zu gewinnen.

136

137 Deswegen geht es auch darum, den Plan für eine positive Zukunft zu malen. Wir werden mit der Deckel-Drauf-
138 Kampagne erste Gehversuche in diese Richtung unternehmen. Allerdings muss die breite politische Linke hier
139 mehr Antworten liefern als unmittelbare Entlastungen. In diesen Krisenzeiten verlieren die Menschen zuse-
140 hends Hoffnung für die Zukunft. Ob sie sich Sorgen machen, dass ihre Ausbildung in den nächsten Jahren
141 nicht mehr gebraucht wird oder ob ihr Betrieb die Energiekrise überstehen kann, die Fragen, die sich Men-
142 schen stellen, setzen an ihren direkten materiellen Lebensverhältnissen an. Deswegen sollten und müssen
143 wir als politische Linke in der Debatte um die Zukunft des industriellen Kerns dieses Landes unsere Vision klar
144 benennen:

145

- 146 • Wir wollen mit der Jobgarantie das Recht auf gute armutsfeste Arbeit
- 147 • Wir wollen eine Lebensstandardgarantie für die Kommunen
- 148 • Wir wollen den Energiesektor verstaatlichen, insbesondere systemrelevante Energiekonzerne.
- 149 • Wir wollen fahrscheinlose Mobilität zum Nulltarif.
- 150 • Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien staatlich vorantreiben. Mit Schulungsprogrammen und
151 regionalen Transformationskommissionen werden hiermit Tausende Klimajobs entstehen.

152

153 Für die unmittelbare Entlastung der Bevölkerung und um unseren Genoss:innen und Kolleg:innen Luft zum
154 Atmen zu verschaffen, fordern wir folgende Maßnahmen:

155

- 156 • Einen Gaspreisdeckel für den Grundbedarf der Haushalte von 7,5 Cent pro Kilowattstunde,
- 157 • einen Strompreisdeckel für den Grundbedarf der Haushalte von 10 Cent pro Kilowattstunde
- 158 • Die Anhebung des Mindestlohnes auf 15€ sowie Aufhebung der Ausnahmen für junge Menschen beim
159 Mindestlohn
- 160 • den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und kurzfristig die Fortführung des 9-Euro-Tickets
- 161 • Eine gezielte Entlastung für alle, die auf das Auto angewiesen sind, durch einen Spritpreisdeckel.
- 162 • Eine Übergewinnsteuer nach griechischem Modell
- 163 • Eine Absenkung und Aussetzung der Mehrwertsteuer wo immer möglich
- 164 • Eine Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung um mindestens 250€
- 165 • Einen Mietenstopp, ein Kündigungsmoratorium und eine Aussetzung der Indexklausel bei Mietverträ-
166 gen
- 167 • Eine Anpassung der Energiepreispauschale bei Azubis und Studierenden auf 300€
- 168 • Sofortige Anhebung des Bafög um mindestens 200€ sowie die Umwandlung des Bafög in einen eltern-
169 unabhängigen Vollzuschuss
- 170 • Eine sofortige Anpassung der Mindestvergütung für Auszubildende auf den um 200€ erhöhten Bafög-
171 Satz
- 172 • Die Abschaffung der Gasumlage
- 173 • Heizkosten vollständig als Teil der KdU ohne Bewertung, ob diese als angemessen gelten.

174